
Christoph Cornelißen

Stufen der Vergangenheitspolitik in Deutschland und Italien seit 1945*

Mit dem Rekurs auf die Vergangenheit ist immer wieder Politik betrieben worden; von Politikern selbstverständlich, von Angehörigen der Funktionseliten, aber gleichzeitig auch von den Sachverwaltern der Vergangenheit, den Historikern. Was sich in den Augen dieser Akteure bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs als ein legitimes, geradezu notwendiges Unterfangen im Rahmen einer fortlaufenden, primär national ausgerichteten Identitätsfindung darstellte, war bei Kriegsende sowohl in Deutschland als auch in Italien mehr als fragwürdig geworden. Spätestens als die Verantwortung Hitlers und seiner Helfershelfer für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs unabweislich war und in dem Moment, als die alliierten Besatzer dafür sorgten, dass die Verbrechen deutscher Einsatzgruppen und die Vorgänge in den Vernichtungs- sowie Konzentrationslagern breiten Bevölkerungskreisen in Deutschland bekannt gemacht wurden, war für viele in Politik und Gesellschaft die bruchlose Anknüpfung an ältere Traditionslinien unmöglich geworden.¹ Nicht zufällig kam daher bald nach dem Krieg das Bild von einem „Irrweg der deutschen Geschichte“ auf.² Manche Politiker und Intellektuelle suchten jedoch gleichzeitig danach, den durch den Holocaust bewirkten säkularen Zivilisationsbruch zu relativieren, indem sie die „besseren“ deutschen Traditionen als hiervon unberührt erklärten.³ Weitere Kräfte, vor allem

* Für wertvolle Hinweise bei der Manuskripterstellung danke ich Petra Terhoeven und Lutz Klinkhammer.

- 1 Vgl. N. Frei, Von deutscher Erfindungskraft oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit, in: Rechtshistorisches Journal 16 (1997), S. 621-634, sowie A. Assmann, Wendepunkte der deutschen Erinnerungsgeschichte, in: Dies./U. Frevert, Geschichtsversessenheit – Geschichtsvergessenheit. Vom Umgang mit den deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 112-117. Siehe auch die zeitgenössische Abhandlung von K. Jaspers, Die Schuldfrage, Heidelberg 1946.
- 2 So der Titel von A. Abusch, Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Berlin 1946, sowie F. Meinecke, Irrwege in unserer Geschichte?, in: Der Monat 2 (1949/50), S. 3-6.
- 3 Vgl. dazu die Bücher von F. Meinecke, Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946, und G. Ritter, Geschichte als Bildungsmacht, Stuttgart 1946, sowie die Diskussion bei W. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1989, und C. Cornelißen/Gerhard Ritter, Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, S. 484-496.

aus dem sich bald organisierenden Umfeld der „Heimatvertriebenen“, initiierten bald eine Art kompensatorische Vergangenheitspolitik: Schon früh rechneten sie die Leiden der deutschen Bevölkerung im Gefolge von Flucht und Vertreibungen sowie die Versorgungsschwierigkeiten in den Nachkriegsjahren gegen die Verbrechen auf, die in deutschem Namen in ganz Europa verübt worden waren.⁴

Ähnliche Tendenzen lassen sich in Italien beobachten, wo die Bezugnahme auf die zwanzigjährige Herrschaft des Faschismus und den Eintritt Italiens in den Zweiten Weltkrieg zu einem herausragenden Dreh- und Angelpunkt in der Neufundierung der politischen Nachkriegskultur werden sollte. Allerdings konzentrierte sich hier schon bald die Erinnerung an den Krieg allein auf die Vorgänge in Italien und hierbei vornehmlich auf den Widerstand gegen die deutsche Besatzungsherrschaft seit dem Waffenstillstand Italiens mit den Alliierten vom 8. September 1943. Der vorangegangene italienische Parallelkrieg in Afrika und im Mittelmeerraum sowie die Unterstützung Italiens für den deutschen Angriff auf die Sowjetunion fielen dagegen mehr oder minder rasch dem Vergessen anheim.⁵ Stattdessen rückte der „böse Deutsche“ in den Mittelpunkt einer heroisierenden Widerstandsdeutung.⁶

Nicht nur an diesem Punkt wird eine eigentümliche Verschränkung in den Erinnerungskulturen beider hier zur Diskussion stehenden Länder erkennbar, sondern auch in ihrer Vergangenheitspolitik nach 1945 offenbart sich bei genauer Betrachtung ein intensives, wenn auch nicht immer allen Beteiligten durchweg bewusst gewordenes Beziehungsgeflecht. In ihren Ursprüngen reichte die gegenseitige deutsch-italienische Wahrnehmung bis in die Entstehungs- und Konsolidierungsphasen beider Diktaturen zurück. So richtete Hitler, als er noch der Führer einer politischen Bewegung mit unsicheren Zukunftsaussichten war, sein Tun und sein Erscheinungsbild ganz an

4 Vgl. dazu K. E. Franzen, *Sudetendeutsche Tage als Gedenkstätten!? Die Erinnerung an NS-Diktatur und Krieg in politischen Reden von Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1950–1995*, in: C. Cornelißen/R. Holcc/J. Feßck (Hrsg.), *Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945*, Essen (im Druck), S. 197–219.

5 L. Klinkhammer, *Kriegserinnerung in Italien im Wechsel der Generationen. Ein Wandel der Perspektive?*, in: C. Cornelißen/L. Klinkhammer/W. Schwenker (Hrsg.), *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt a. M. 2003, S. 333–343, hier S. 334.

6 F. Focardi, „Bravo italiano“ e „cattivo tedesco“: riflessioni sulla genesi di due immagini incrociate, in: *Storia e memoria* 1 (1996), S. 55–86.

seinem Vorbild Mussolini aus.⁷ Schon bald nach der NS-Machtergreifung jedoch verkehrte sich diese Orientierung in ihr Gegenteil, obwohl Hitler an seiner Wertschätzung für die Person des Duce festhielt. Nach Kriegsende fand das gegenseitige Bezugsgeflecht eine nahtlose Fortsetzung, nun freilich primär unter negativen Vorzeichen. So ist immerhin bemerkenswert, dass ungeachtet relativ guter politischer und kultureller Beziehungen zwischen Italien und der Bundesrepublik in den vergangenen fünf Jahrzehnten diese offensichtlich weniger tiefe Eindrücke im kollektiven Gedächtnis beider Nationen hinterlassen haben als die vorangegangenen Konflikt- und Bündniszeiten im Zweiten Weltkrieg. Schon geringfügige Anlässe reichten und reichen seit 1945 immer wieder aus, wie zuletzt Gian Enrico Rusconi notiert hat, um in der Politik und Gesellschaft Italiens und Deutschlands unreflektierte kollektive Erinnerungen an die Jahre 1939/40–1945 zu reaktivieren, die meist negativ besetzt seien. Demgemäß hielten viele Deutsche die Italiener für nicht vertrauenswürdig, während den Deutschen in Italien das Stigma des Gewalttätigen, Anmaßenden und Brutalen anhängte. Der Ursprung dieser kriegsbedingten Stereotypen liegt offen zutage; manche reichen sogar bis in die wechselseitige Entfremdung in den Jahren des Ersten Weltkriegs zurück.⁸

Bei genauerer Sicht auf die Vergangenheitspolitik beider Länder seit 1945 offenbart sich jedoch eine noch weit tiefer reichende strukturelle Asymmetrie in der aufeinander bezogenen Vergangenheitspolitik beider Länder, wobei hier bei der Rede über Deutschland bis 1989 nur der Westen des geteilten Landes gemeint ist. Eine entscheidende Grundlage hierfür lag in den unterschiedlichen Ausgangskonstellationen beider Länder zum Zeitpunkt des Kriegsendes im April/Mai 1945 begründet. Denn das Deutsche Reich wurde nach einem „totalen“ Krieg endgültig im Mai 1945 „total“ besiegt, was mehr oder weniger zwangsläufig eine fundamentale Revision im Umgang mit der nationalen Vergangenheit nach sich ziehen musste. Jedenfalls schien dies für viele Akteure in den Besatzungsjahren der Fall zu sein. Obwohl sich deren Hoffnungen und Erwartungen bald als ein Trugschluss erwiesen, ist bei einem Überblick auf die gesamte Nachkriegszeit nicht zu übersehen, in welchem großen Ausmaß die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nach und nach zu einem herausragenden Bezugspunkt der

7 W. Schieder, *Kriegsregime des 20. Jahrhunderts. Deutschland, Italien und Japan im Vergleich*, in: *Erinnerungskulturen* (Anm. 5), S. 28-48; siehe auch ders., *Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik*, in: *Historische Zeitschrift* 262 (1996), S. 73-125.

8 Vgl. Gian Enrico Rusconi, *Germania – Italia – Europa. Dallo stato di potenza alla „potenza civile“*, Turin 2003.

Selbstidentifikation in der bundesrepublikanischen politischen Kultur aufrücken konnte.⁹

In Italien stellte sich die Lage seit 1945 ganz anders dar. Hier hatten sowohl die monarchischen Kräfte als auch die Parteien des „Nationalen Befreiungskomitees“ seit Oktober 1943 eine intensive Propaganda gegen die faschistische „Sozial-Republik“ in Gang gebracht. Sie verbanden das mit langfristig nachwirkenden vergangenheitspolitischen Deutungen: Danach hatte Mussolini Italien in ein widernatürliches Bündnis mit Hitler-Deutschland gezwungen und zugleich in einen „ungewollten Krieg, der nicht als der eigene empfunden worden sei“. Diese Formel von Ministerpräsident Pietro Badoglio¹⁰ diente dazu, die ehemaligen deutschen Bündnispartner als Verräter abzustempeln. Das Deutsche Reich habe es nur darauf abgesehen, Italien an sich binden, um es danach zur Durchsetzung der Vorherrschaft Deutschlands in der Welt auszunutzen. Ein wichtiges Motiv dieser Argumentation in der Endphase des Weltkrieges war, die Alliierten davon zu überzeugen, gegenüber Italien eine mildere Haltung an den Tag zu legen, als diese zunächst im Waffenstillstandsvertrag fixiert worden war. Aus italienischer Sicht erfüllten die Deutschen somit bereits früh die Funktion eines willkommenen „Sündenbocks“, um von der eigenen Verantwortung im Zweiten Weltkrieg abzulenken. Gleichzeitig sorgte eine schon in dieser Zeit einsetzende historiographische Monumentalisierung der Resistenza dafür, dass die Vorstellung eines nahtlosen Übergangs vom faschistischen Regime der dreißiger Jahre zum angeblich antifaschistischen Konsens der Besatzungszeit eine rasche Verbreitung finden konnte. Die tatsächlich nachweisbare und breite Bevölkerungsschichten erfassende Zustimmung zum Faschismus nebst seiner imperialistischen Politik wurde somit geleugnet – angeblich habe es niemals einen Konsens gegeben, sondern das italienische Volk sei gewaltsam unterdrückt und geknebelt worden. Viele Italiener fanden so nach dem Kriegsende einen Weg in die veränderten Konstellationen der Nachkriegszeit, ohne die Herausforderung einer „Vergangenheitsbewältigung“ annehmen zu müssen.¹¹ In das öffentliche Bewusstsein wie in die

9 P. Reichef, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001; N. Frei, *Deutsche Lernprozesse. NS-Vergangenheit und Generationenabfolge seit 1945*, in: H. Uhl (Hrsg.), *Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur*, Innsbruck 2003, S. 87-102, hier S. 87 f.

10 Rede vom 19.9.1943, hier zit. nach F. Focardi, *Gedanktage und politische Öffentlichkeit in Italien, 1945–1995*, in: *Erinnerungskulturen* (Anm. 5), S. 210-221, hier S. 210.

11 L. Klinkhammer, *Der Resistenza-Mythos und Italiens faschistische Vergangenheit*, in: H. Afflerbach/C. Cornelißen, *Sieger und Besiegte. Ideelle und materielle Neuorientierungen nach 1945*, Tübingen 1997, S. 119-139, hier S. 131.

wissenschaftliche Literatur gingen stattdessen überwiegend die positiven Momente der nationalen Geschichte ein.¹²

Wie sich in diesen Hinweisen andeutet, ist es durchaus lohnenswert, den Stufen der deutschen und italienischen Vergangenheitspolitik vergleichend nachzugehen. Überhaupt können erst über diesen Weg die Handlungsspielräume der Nachkriegspolitik im Gefolge der untergegangenen Diktaturen genau bestimmen werden. Gleichzeitig lässt sich hiermit dem Einwand begegnen, wonach die Beschäftigung mit der Diskursgeschichte des Umgangs mit Faschismus und Nationalsozialismus seit 1945 mittlerweile dazu tendiere, die Aufmerksamkeit für das tatsächliche historische Geschehen im Zweiten Weltkrieg zu überlagern.¹³ Denn beide lassen sich in der Untersuchung von Vergangenheitspolitik nicht eindeutig voneinander trennen. Vielmehr ging das eine in das andere über, bildete doch nach 1945 der Diskurs über die Vergangenheit des eigenen Landes sowohl in Italien als auch in Deutschland einen elementaren Bestandteil der Realgeschichte, wie umgekehrt auch die sich wandelnden Rahmenbedingungen politischer und gesellschaftlicher Art den Diskurs über die Vergangenheit und die im engeren Sinne vergangenheitspolitischen Maßnahmen prägten. Insofern kann es kaum überraschen, dass die entsprechenden Nachkriegsdiskussionen gerade in den Ländern, in denen die faschistischen Diktaturen vor und während des Krieges am heftigsten gewütet hatten, im internationalen Vergleich die stärksten Pendelausschläge erreichten.¹⁴

Die kulturwissenschaftliche Forschung der letzten Jahre hat mittlerweile manche Lücke unserer Kenntnis über die Rahmenbedingungen, die Ausdrucksformen und die gesellschaftlichen Rückwirkungen der Vergangenheitspolitik in den Nachkriegsjahrzehnten schließen können: Hierzu haben namentlich Studien zur Geschichte von Erinnerungsorten und der Geschichte nationaler Erinnerungskulturen beigetragen.¹⁵ Trotzdem: Der binationale oder der noch weiter gefasste internationale Vergleich nationaler Pfade in der Vergangenheitspolitik ist bislang nur selten angestrebt und kenssequent durchgeführt worden.¹⁶ Vor diesem Hintergrund beanspruchen die nachfolgenden Bemerkungen nur, einige systematische Hinweise auf Phasen und

12 Vgl. C. Moos, Die „guten Italiener“ und die Zeitgeschichte, in: *Historische Zeitschrift* 259 (1994), S. 671-694.

13 Vgl. N. Frei, Einführung, in: Ders./S. Steinbacher (Hrsg.), *Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust*, Göttingen 2001, S. 7.

14 C. Cornelißen/L. Klinkhammer/W. Schwentker, Nationale Erinnerungskulturen im internationalen Vergleich, in: Dies., *Erinnerungskulturen* (Anm. 5), S. 9-27, hier S. 11.

15 C. Cornelißen, Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 54 (2003), S. 548-563.

Akteure der deutschen und italienischen Vergangenheitspolitik zu vermitteln. Hierbei ergeben sich jedoch nicht unerhebliche Begriffsprobleme dadurch, dass der von dem Bochumer Historiker Norbert Frei in die deutsche Debatte eingebrachte Begriff der Vergangenheitspolitik in Italien bislang kaum rezipiert worden ist.¹⁷ Dort, wo dies der Fall ist, wird tendenziell ein positiveres Verständnis des Konzepts als bei Frei ersichtlich. So spricht Gian Enrico Rusconi von Vergangenheitspolitik im Sinne einer „zivilen Belehrung“, einer „pedagogia civile“.¹⁸ Wir begreifen dagegen im Folgenden Vergangenheitspolitik in einem weiteren Sinn als die in Politik und Gesellschaft geführte Diskussion darüber, mit welchen gesetzlichen Maßnahmen und normativen Abgrenzungen, aber auch mit welchen Deutungsangeboten sich die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen beziehungsweise faschistischen Vergangenheit in den Nachkriegsgesellschaften Deutschlands und Italiens vollzog.¹⁹ Es bietet sich hierbei an, den Bezug auf Generationenkonstellationen zu wählen, weil sich nicht nur für den deutschen Fall nachweisen lässt, dass die Stufen der Vergangenheitspolitik sich aus der Abfolge der Erwartungen und Interventionen verschiedener Erfahrungsgenerationen ergeben. Für die Bundesrepublik sind diesbezüglich vier aufeinander folgende Phasen voneinander abgesetzt worden.²⁰ Mit einigen Modifikatio-

16 Siehe aber jetzt die in Anm. 5 genannte Publikation von Cornelißen/Klinkhammer/Schwentker (Hrsg.), *Erinnerungskulturen, und die folgende Auswahl von Neuerscheinungen*: S. Troebst (Hrsg.), *Diktaturbewältigung, Erinnerungspolitik und Geschichtskultur in Polen und Spanien*, München 2003 (= Themenheft von *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 4 [2003]); H. Uhl, *Zivilisationsbruch* (Anm. 9), V. Knigge/N. Frei (Hrsg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002; J. Kusber/R. Jaworski/L. Steindorff (Hrsg.), *Gedächtnisorte in Osteuropa*, Frankfurt a. M. 2003; sowie A. Corbea-Hoisie/R. Jaworski/M. Sommer (Hrsg.), *Umbruch im östlichen Europa. Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis*, Innsbruck 2004. Zur vergleichenden Historiographiegeschichte siehe jetzt A. Nützenadel/W. Schieder (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*, Göttingen 2004.

17 N. Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1995.

18 Rusconi, *Germania* (Anm. 8), S. 316.

19 In seiner Pionierstudie zu diesem Thema bezieht Norbert Frei den Begriff primär auf die Phase 1949–1954, in deren Mittelpunkt die Strafaufhebungen und Integrationsleistungen zugunsten des Millionenheeres ehemaliger Parteigenossen standen. Frei, *Vergangenheitspolitik* (Anm. 17), S. 13. In späteren Abhandlungen bezieht Frei den Begriff auf die gesamten 1950er Jahre. Frei, *Deutsche Lernprozesse* (Anm. 9), S. 89, 92–96.

20 Frei, *Deutsche Lernprozesse* (Anm. 9), S. 89 f. Siehe jetzt auch mit einem Blick auf die Geschichte Europas: H. Rousso, *Das Dilemma eines europäischen Gedächtnis-*

nen, freilich auch unterschiedlichen Akzentsetzungen kann Ähnliches für Italien aufgezeigt werden.

1. Anfänge der Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit

Die unmittelbar auf den Krieg folgende Phase der politischen Säuberungen markierte in beiden Ländern einen entscheidenden Einschnitt nach dem Zusammenbruch der Diktaturregime. Von den damals getroffenen Entscheidungen und vergangenheitspolitischen Diskussionen sind wichtige Impulse auf die Neuausrichtung der politischen Kultur in der Bundesrepublik und in Italien ausgegangen.²¹

Zwar ist in der Historiographie zur Besatzungszeit in Deutschland wiederholt das Scheitern der alliierten Entnazifizierungspolitik herausgestellt worden, aber das darf gleichzeitig nicht das Ausmaß übersehen lassen, in dem in diesen Jahren Kriegsverbrecher und ehemalige NS-Funktionäre bestraft sowie Mitläufer zur Rechenschaft gezogen wurden. Mehr als 13.500 Ermittlungsverfahren fanden zwischen 1945 und 1949 in den drei Westzonen statt, und zeitweise sahen sich dort sogar mehrere Hunderttausend Beamte von ihren Stellen entfernt. Rechnet man dazu die beträchtliche Zahl der von den Alliierten zeitweilig Internierten, so kann man die justitiellen und polizeilichen Maßnahmen im Rahmen der Entnazifizierung durchaus als einen von außen erzwungenen, gesellschaftlichen Lernprozess bezeichnen. Insbesondere aus den Reihen der ehemaligen NS-Funktionselementen, von denen viele im ersten Jahrzehnt nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert geboren worden waren, ist Widerstand gegen alle Säuberungsmaßnahmen mobilisiert worden: Kaum ein Zufall, waren es doch gerade diese Geburtsjahrgänge, die aus einer hoch ideologisierten Sicht heraus die fortschreitende Radikalisierung der NS-Politik vorangetrieben hatten.²² Und in der Tat trug ihre Kritik maßgeblich zur Diskreditierung der Entnazifizierung bei, was dann nach der Übernahme der Verfahren in die alleinige deutsche Regie alsbald zu einer vielfach bespötelten „Mitläuferfabrik“ führen sollte.²³

ses, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1 (2004), H. 3, S. 363-378.

21 Vgl. K.-D. Henke/H. Woller (Hrsg.), *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1991.

22 M. Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003.

23 Zur Historiographie der Entnazifizierungspolitik in Deutschland vgl. K.-D. Henke: *Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbstzerstörung, politische Säuberung, „Entnazifizierung“, Strafverfolgung*, in: Ders./Woller, *Politische Säuberung* (Anm. 21), S. 21-83.

In Italien waren die Verhältnisse im gleichen Zeitraum insofern anders gelagert, als hier schon in der Phase der sogenannten wilden Säuberungen zwischen 1943 und 1945 etwa 12000 Faschisten getötet worden waren, bevor nach Kriegsende die „regulären“ politischen Säuberungen einsetzten.²⁴ Hierbei handelte es sich um zehntausende, den deutschen Spruchkammern durchaus vergleichbare Säuberungskommissionen, darunter Überprüfungsausschüsse der Militärregierung, Epurazione-Kammern der Befreiungskomitees sowie staatliche Kommissionen. Die justitielle Aburteilung faschistischer Verbrechen oblag vor allem so genannten Sonderschwurgerichten, die zwischen 1945 und 1947 rund 20.000, möglicherweise sogar 30.000 Verfahren gegen belastete Faschisten und Kollaborateure angestrengt haben und dabei harte Strafen verhängten. Ungefähr 1000 Todesurteile und mehrere Tausend langjährige Haftstrafen waren die Folge.²⁵ So dezidiert darin der Wille zum Ausdruck kam, Italien von seiner zwanzigjährigen faschistischen Vergangenheit zu „säubern“, so sehr gab 1946 der Bruch der All-Parteien-Regierung ein Signal zur Abkehr von dieser Linie. Ausgerechnet der Führer der kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti, sorgte noch im gleichen Jahr dafür, dass ein Amnestiegesetz eingebracht wurde, das mehr oder minder offen die justitielle Abrechnung mit dem Faschismus für beendet erklärte. Gleichzeitig fielen jetzt Sanktionen, die vorher auferlegt worden waren.

Bei einem Gesamturteil über die justitielle Abrechnung mit dem Faschismus in Italien aber darf – ähnlich wie in Deutschland – nicht unterschlagen werden, dass zahllose Haftstrafen tatsächlich abgesessen werden mussten und auch jahrelange Berufsverbote sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der freien Wirtschaft ihre Wirkung zeigten, bevor das Amnestiegesetz seine Wirkung entfalten konnte. Die justitielle Abgrenzung vom Faschismus spielte mithin eine wichtige Rolle in den Anfangsjahren der italienischen Republik, zumal sie nicht nur eine juristische Abgrenzung vom besiegten Faschismus darstellte, sondern auch eine Grenzziehung gegenüber vergangenheitspolitischen Deutungen aus einem neofaschistischen Lager vornahm, das nach Kriegsende sich zunächst einer durchaus beträchtlichen Unterstützung erfreute.²⁶ Allerdings fiel die allgemeine Ächtung des Fa-

24 Vgl. H. Woller, *Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948*, München 1996, S. 264-281, sowie ders., *Der Rohstoff des kollektiven Gedächtnisses. Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien und ihre erfahrungsgeschichtliche Dimension*, in: Cornelißen/Klinkhammer/Schwentker, *Erinnerungskulturen* (Anm. 5), S. 67-76, hier S. 67f.

25 Vgl. Woller, *Abrechnung* (Anm. 24), S. 302-304 f.

26 M. Dondi, *The fascist mentality after fascism*, in: R. J. B. Bosworth/P. Dogliani (Hrsg.), *Italian Fascism. History, Memory and Representation*, Basingstoke 1999, S. 144-160.

schismus in Italien in dieser Phase nur einseitig oder, genaugenommen, verkürzend aus, weil sie sich primär auf den „Agoniefaschismus vor Ort“ (Hans Woller) richtete und andere Seiten der faschistischen Herrschaft ausblendete. Erst sehr spät sind deswegen die Verbrechen des Faschismus außerhalb der italienischen Halbinsel zur Sprache gekommen, und es dürfte mehr als fragwürdig sein, inwiefern diese bis heute überhaupt in das Bewusstsein breiterer Bevölkerungsschichten gerückt sind.²⁷

Es bleibt jedoch der Tatbestand festzuhalten, dass über den Weg der justitiellen Säuberung in beiden Ländern in dieser ersten Phase der Vergangenheitspolitik klare Signale an die früheren Anhänger der Diktaturen ausgesandt wurden, d. h. konkret an die Masse der Bevölkerung. Daraus ergab sich klar: Eine Restauration der „totalitären Regime“ war ausgeschlossen. Freilich sorgte der sowohl in Italien als auch in Deutschland tief verankerte Antikommunismus schon bald dafür, dass die entsprechenden Signale zunehmend schwächer ausfielen und an ihrer Stelle der Gedanke einer gesellschaftlichen Versöhnung in den Vordergrund trat. In Italien bildeten die Wahlen vom April 1948 die entscheidende Wendemarke. Nachdem Sozialisten und Kommunisten schon im Frühjahr 1947 die Regierung verlassen mussten, gingen die Christdemokraten bei den Wahlen des Jahres 1948 mit einer absoluten Mehrheit aus den Wahlen hervor, während die Linksparteien erdrutschartig verloren. Im gewandelten politischen Klima konnten rasch Publikationen gedeihen, die primär aus der Feder der Aktivisten aus den Kriegsjahren stammten.²⁸ Diese fächerten sich nach den politischen Lagern der italienischen Widerstandsbewegungen auf, folgten aber auch dem Gegensatz zwischen Anhängern der Resistenza auf der einen Seite sowie auf der anderen Seite den Neofaschisten, die das Andenken an die Repubblica di Salò hochhielten. Entsprechend werteten sie die Resistenza als einen grausamen „Bruderkrieg“ zwischen Italienern, der letztlich nur den ausländischen Mächten zum Vorteil gereicht habe.²⁹ Auch Rodolfo Graziani, zuletzt Verteidigungsminister der faschistischen Sozialrepublik, verbreitete in sei-

27 B. Mantelli, Die Italiener auf dem Balkan 1941–1943, in: C. Dipper/L. Klinkhammer/ A. Nützenadel (Hrsg.), Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für Wolfgang Schieder, Berlin 2000, S. 61 und 71, sowie A. Del Boca, I gas di Mussolini. Il fascismo e la guerra d’Etiopia, Rom 1996, S. 24, wo er von einer „fast vollständigen Verdrängung des Kolonialismus und der damit verbundenen bis zum Völkermord reichenden Verbrechen [...] in der Erinnerungskultur“ seines Landes spricht. Siehe auch D. Rodogno, Il nuovo ordine mediterraneo. Le politiche di occupazione dell’Italia fascista in Europa (1940–1943), Turin 2003.

28 Vgl. Klinkhammer, Kriegserinnerung (Anm. 5), S. 336f.

29 Zur historischen Deutung der Neofaschisten vgl. F. Germinario, L’altra memoria. L’Estrema destra, Salò e la Resistenza, Torino 1999.

nem Buch „Ho difeso la Patria“ (1948) die These, die sich schon im Titel angedeutet fand, er habe „nur“ das Vaterland verteidigt. Spätestens zu diesen Zeitpunkt zeigte sich also auch in Italien das Bemühen ehemaliger Funktionsträger, vor allem aber auch unter jüngeren Anhängern des Faschismus, eine Politik der Versöhnung über Versuche zu stellen, die Vergangenheit kritisch zu bewältigen. Eine „Politik der Versöhnung“ bedeutete in diesem Fall konkret die Integration der ehemaligen Anhänger des Faschismus über eine Zweiteilung der Vergangenheit in der italienischen Diktatur: Diese unterschied einen rehabilitierbaren und damit beschweigbaren Teil von einem nicht in die Versöhnung einzugliedernden Teil der Vergangenheit. Bis zu einem gewissen Grad lässt sich das Phänomen einer nur selektiven Erinnerung auch bei der politischen Linken beobachten, verbreitete diese doch nach dem Krieg die schon zuvor formulierte Botschaft, wonach die Partisanenbewegung Rückhalt im ganzen italienischen Volk besessen habe. Dass dies durchaus nicht den historischen Tatsachen entsprach, wussten zwar sehr viele Zeitgenossen sehr wohl, aber sie zogen es vor, darüber zu schweigen. Selbst die ansonsten auskunftsfreudigen Historiker hielten sich zurück. Ganz offensichtlich verhinderten die außen- und innenpolitische Herausforderungen an die junge italienische Republik sowie die sich rasch auseinander entwickelnden Lager der parteiübergreifenden Widerstandsbewegung in dieser ersten Phase der Vergangenheitspolitik eine differenzierte Betrachtungsweise.

2. Die zweite Phase der Vergangenheitspolitik im Zeichen von Abwehr und Schweigen

Die Konstellationen der internationalen Politik sowie die wachsenden Spannungen im Rahmen der Ost-West-Blockkonfrontation sorgten spätestens ab Anfang der 1950er Jahre dafür, dass verantwortliche Politiker sowohl in Deutschland als auch in Italien den Weg in die „abendländische Gemeinschaft“ suchten. Neben sicherheits- und außenpolitischen Interessen lag diesem Ersuchen auch ein vergangenheitspolitisches Motiv zu Grunde, sollten doch auf diesem Weg jeweils allzu unbequeme Fragen an die eigene nationale Vergangenheit abgewehrt werden. In der Bundesrepublik handelte es sich hierbei um ein parteiübergreifendes Projekt, das unter anderem auf die Freisetzung bekannter Kriegsverbrecher abzielte.³⁰ Bemerkenswert ist in Hinblick darauf aber auch eine frühe Interessenkoalition zwischen der deutschen und italienischen Regierung. So fand die Politik Adenauers eine – im Rückblick – auffällig starke Unterstützung seitens der italienischen Regierung unter der Führung Alcide De Gasperis. Juristischen Verfahren gegen

30 Rusconi, *Germania* (Anm. 8), S. 318.

deutsche Kriegsverbrecher wurde so in Italien ein Riegel vorgeschoben, außerdem erhielten die Deutschen Rückenwind für ihre Wiederbewaffnungspolitik.³¹ Das Kalkül der italienischen Seite war hierbei keineswegs uneigennützig. Hauptsächlich ging es darum, andere ausländische Staaten (darunter die Sowjetunion, Griechenland, Albanien und Äthiopien und vor allem Jugoslawien) davon abzuhalten, Auslieferungsbegehren nach italienischen Kriegsvetbrechern durchzusetzen. Am Ende konnten diese alle im eigenen Lande verbleiben, und auch in Italien mussten sie keine Verfahren befürchten.³² Möglich wurde dieses Resultat aber überhaupt erst, weil auch die Alliierten in der sich verschärfenden Blockkonfrontation kein Interesse daran haben konnten, ihren erst ab 1943 gewonnenen „Ko-Belligerenten“ wieder zu verlieren.

Wie sich ebenfalls an diesem Punkt zeigt, kam es damals aus Gründen einer traditionell begriffenen, nationalen Staatsräson zu einer engen Kooperation in der Vergangenheitspolitik Italiens und der Bundesrepublik. Aber auch die innenpolitische Behandlung des Themas wies Anfang der 1950er Jahre auf eine Politik des Verschweigens düsterer Kapitel aus der jüngsten Vergangenheit hin, ja, sie implizierte ab dieser Zeit den dezidierten Versuch, durch die Reintegration der Angehörigen vormaliger Funktionseliten der Diktaturregime eine Politik der gesellschaftlichen Versöhnung zu betreiben.

In der zweiten Phase der italienischen Vergangenheitspolitik, die von 1947/48 bis Mitte der 1960er Jahre angesetzt werden kann, führte dieses Vorhaben zu einer prekären Gratwanderung verschiedener Regierungen zwischen Zugeständnissen an die Neofaschisten auf der einen Seite, sowie dem Festhalten an einem Deutungsmuster, das aus der Zeit des parteiübergreifenden Widerstandes gegen die deutschen Besatzer zwischen 1943 und 1945 herrührte. Da die Besetzung von einigen größeren oberitalienischen Städte durch die Partisanenbewegung am 25. April 1945 den Anschein hinterlassen hatte, als sei das aus eigener Kraft geschehen, bot es sich für die Nachkriegspolitik an, hier anzuschließen und nach Anknüpfungspunkt für eine positiv verstandene Vergangenheit zu suchen. Nur kansequent war es daher, als die Wahl des Nationalfeiertages der 1948 begründeten Republik auf dieses Datum fiel.³³ Auch wenn bereits in dieser Phase die Sichtweise verbreitet wurde, wonach ganz Italien geschlossen hinter den Partisanenverbänden ge-

31 F. Focardi, L. Klinkhammer, La questione di „criminali di guerra“ italiani e una commissione di inchiesta dimenticata, in: *Contemporanea. Rivista di storia dell'800 e del '900*, 4 (2001), S. 497-528, sowie Rusconi, *Germania* (Anm. 8), S. 333.

32 Ebd., S. 320.

33 Zum 25. April als einem Nationalfeiertag siehe: Cristina Cenci, *Rituale e memoria: le celebrazioni del 25 aprile*, in: L. Paggi (Hrsg.), *Le memorie della Repubblica*, Firenze 1999, S. 325-378.

standen habe, obwohl die Befreiung auch Norditaliens von den deutschen Besatzern sich wesentlich dem militärischen Einsatz der Alliierten verdankte, kann man zu diesem Moment jedoch noch nicht von einer breitenwirksamen Überhöhung des italienischen Widerstands sprechen. Denn zunächst konkurrierten die entsprechenden Deutungen weiterhin mit einer neofaschistisch inspirierten Interpretation, die den 8. September 1943 als eine „moralische Niederlage“ der Nation begriff. Die letzten beiden Kriegsjahre stellten demzufolge einen grausamen „Bruderkrieg“ zwischen Italienern dar. Im Vergleich zur Resistenza habe die Republik von Salò sogar eine positive Rolle in der Behinderung der deutschen Zerstörungswut gespielt.³⁴ In den Nachkriegsjahren traf diese Sichtweise vornehmlich im neofaschistischen Lager auf ein breites Echo traf, aber auch darüber hinaus fand die Idee, dass viele junge Männer nach dem Waffenstillstand aus ehrlicher Überzeugung weiter auf der Seite Mussolinis gekämpft hätten, um die Ehre des Vaterlandes zu verteidigen, viel Gehör.

Vor diesem Hintergrund kam es in der ersten Legislaturperiode unter der Führung der christdemokratischen Partei zwischen 1948 bis 1953 zu verschiedenen Prozessen gegen ehemalige Partisanen, die nun für Taten, die sie während der Besatzungszeit begangen hatten, angeklagt, oder wegen der Säuberungsaktionen gegen Faschisten bei Kriegsende vor Gericht gestellt wurden.³⁵ Von herausragender Bedeutung war in diesem Zusammenhang der Prozess gegen die Attentäter der Via Rasella, der sich zunächst von 1948 bis 1957 und danach mit Zivilklagen und Kassationsgerichtshofurteilen sogar bis zum Jahr 2000 hinzog. Verhandelt wurden hierbei die Hintergründe eines Attentats römischer Widerstandskämpfer auf eine Südtiroler Polizeieinheit vom 23. März 1944, dem 33 Polizisten zum Opfer gefallen waren. Als Vergeltungsmaßnahme erschossen Truppen des nationalsozialistischen Sicherheitsdienstes 335 Italiener in den Fosse Ardeatine bei Rom. In den Prozessen der fünfziger Jahre mussten sich führende Exponenten der Resistenza – gegen den breiten Protest der politischen Linken – wegen der Anklage krimineller Handlungen verantworten. Der Kern des Problems lag in der Frage nach der moralischen Verantwortung für die Toten der Fosse Ardeatine begründet, denn angeblich war eine scharfe Reaktion der Deutschen von den politischen Führern der Kommunisten einkalkuliert, wenn nicht sogar erwünscht worden.³⁶

34 Zur Memorialistik der Neofaschisten F. Germinario, *L'altra memoria* (Anm. 29).

35 Vgl. M. Dondi, *La lunga liberazione. Giustizia e violenza nel dopoguerra italiano*, Roma 1999.

36 Vgl. zu diesen Vorgängen J. Staron, *Fosse Ardeatine und Marzabotto. Deutsche Kriegsverbrechen und Resistenza*, Paderborn 2002, sowie S. Prauser, *Mord in Rom?*

Zeitgleich steuerte die Democrazia Cristiana den Kurs einer „Politik der Versöhnung“, wobei darunter primär die Integration der politischen Rechten in das Verfassungssystem der italienischen Republik gemeint war. Daher hob der politische Diskurs dieser Jahre auf die Ehrerbietung gegenüber „allen Gefallenen des Krieges“ ab, und auch bei der Erinnerung an die Kriegsverbrechen deutscher Truppen auf italienischem Boden fielen die Reden recht allgemein aus. Der Rekurs in öffentlichen Gedenkreden italienischer Politiker aus den 1950er Jahren auf „die Aufopferung für das Vaterland“ und die „unbedingte Pflichterfüllung“ sowie die Rede von den „Missbildungen eines jeden Totalitarismus“ spiegelte allgemeine Wertvorstellungen wider, die nicht weit entfernt lagen von denen ihrer deutschen Berufskollegen. Denn auch in der Bundesrepublik wurde schon bald nach der Verabschiedung der Verfassung die endgültige Liquidation der Entnazifizierung eingeleitet, verbunden mit dem Versuch, einen klaren Schlussstrich unter die jüngste Vergangenheit zu ziehen. Die Schlüsselbegriffe lauten: Amnestie, Integration und Verharmlosung. Norbert Frei hat die wichtigsten Wegstufen der westdeutschen Vergangenheitspolitik zwischen 1949 und Mitte der 1950er Jahre akribisch herausgearbeitet. Die einschlägigen Maßnahmen umfassten ein Straffreiheitsgesetz von 1949, mit dem rund 800.000 Personen, darunter viele ehemalige nationalsozialistische Amtsinhaber, vorzeitig in die Freiheit entlassen wurden, aber auch das sogenannte „131er“-Gesetz, womit „verdrängten Beamten“ und ehemaligen Berufssoldaten der Weg zurück in den öffentlichen Dienst geebnet wurde. Darüber hinaus signalisieren Forderungen nach Freilassung von inhaftierten deutschen Kriegsverbrechern ein Fortdauern „volksgemeinschaftlicher Solidarisierungsbedürfnisse“.³⁷ Eine neofaschistische Partei war zwar im Bundestag nicht vertreten, aber funktional nahmen dort die kleinen Parteien, d. h. konkret die Freie Deutsche Partei und die Deutsche Partei, eine ähnliche Rolle ein wie der *Movimento Sociale Italiano* (MSI) in Italien. Im Bundestag sorgten sie dafür, dass in der Diskussion der Entnazifizierung das öffentliche Urteil über den Wert der politischen Säuberungen immer weiter ins Negative verschoben wurde.³⁸

Überhaupt setzte in dieser zweiten Phase der Vergangenheitspolitik in Deutschland ab 1949 die breite Delegitimierung der Ahndung von NS-Verbrechen ein, so dass die Verstrickung gerade auch der Angehörigen aus den Funktionsebenen in Militär und Verwaltung kaum mehr ein Thema war. Im Gegenteil: Im Rahmen des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs und der

Der Anschlag in der Via Rasella und die deutsche Vergeltung in den Fosse Ardeatine im März 1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), S. 269-301.

37 Frei, Deutsche Lernprozesse (Anm. 9), S. 94.

38 Frei, Vergangenheitspolitik (Anm. 17), S.65.

Wiederbewaffnung fand deren Sachkenntnis eine rasche, expandierende Nachfrage, was vielen früheren Exponenten des NS-Regimes, gemessen an ihren eigenen Erwartungshaltungen aus dem Jahr 1949, eine ungewöhnlich rasche und einvernehmliche Wiedereingliederung in die deutsche Gesellschaft ermöglichte. Gleichwohl traf diese Reintegration an dem Punkt auf Widerstand, als Anhänger des umergegangenen Nationalsozialismus versuchten, die ideellen Grundlagen des neuen Staatswesens zu diffamieren. Von herausragender Bedeutung war in diesem Zusammenhang der von dem Braunschweiger Oberstaatsanwalt Fritz Bauer 1952 angestrebte Prozess gegen Otto-Ernst Remer, der an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944 mitgewirkt hatte. Als sich dieser nach Kriegsende mehrfach mit Verleumdungen gegen die Hitler-Attentäter hervortat, um so ein rechtsradikales Lager in der Bundesrepublik zu mobilisieren, intervenierte Bauer. Seine Bemühungen um eine normative Ausgrenzung rechtsradikaler Kräfte aus der deutschen politischen Kultur waren insofern erfolgreich, als das Braunschweiger Urteil gegen Remer verdeutlichte, wo der bundesrepublikanische Staat seine Grenzen setzte, um die neue Grundordnung zu schützen.

Der binationale Vergleich öffnet auch in diesem Fall den Blick auf eine bemerkenswerte zeitliche und sachliche Koinzidenz. Denn obwohl die Christdemokratische Partei in Italien zum gleichen Zeitpunkt auf eine Überwindung der parteipolitischen Gegensätze innerhalb des rechten politischen Spektrums abzielte, wollte sie dennoch nicht die neofaschistische Interpretation der Kriegsvergangenheit teilen. Diese Abwehr vollzog sich in zwei Gerichtsverfahren, die 1953/54 stattfanden. Mit ihnen unternahmen führende christdemokratische Politiker erfolgreich den Versuch, vom Vorwurf des Landesverrats freigesprochen zu werden, der ihnen aus den Reihen der Neofaschisten entgegen gehalten worden war.³⁹ Auch in Italien führten mithin Gerichtsverfahren und Urteile dazu, dass dem Revisionismus von rechts die Bereitschaft der Republik zur selbstbewussten Verteidigung ihrer Regeln aufgezeigt wurde.

Gleichzeitig aber deutete der politische Diskurs im öffentlichen Raum darauf hin, wie sehr zu diesem Zeitpunkt die italienische Politik darum bemüht war, die antifaschistische Einheit aus den letzten beiden Kriegsjahren neu zu beleben, um so eine konforme öffentliche Inszenierung der Erinnerung an den Krieg durchsetzen zu können. Charakteristisch hierfür war eine Rede von Parlamentspräsident Giovanni Gronchi vom 25. April 1955. Gronchi hatte sich bereits Mitte der 1920er Jahre der antifaschistischen Opposition angeschlossen, und nach der Gründung der Democrazia Cristiana führte er deren linken Flügel an. In seiner öffentlichen Kommemoration von 1955

39 Focardi, Gedenktage (Anm. 10), S. 213-215.

ehrte er sowohl die Kämpfer des Widerstands, die für die Freiheit und die Unabhängigkeit der Nation ihr Leben als Opfer dargebracht hätten, als auch „die anderen Toten, die am Ort ihrer Pflicht gefallen waren“ und von der Liebe zu ihrem Vaterland beseelt gewesen seien. Seine Äußerungen markieren insgesamt den Übergang von der Ehrung der Resistenza als einer politischen Bewegung zu einem Synonym für die Erinnerung an die Kriegsjahre insgesamt.⁴⁰ Gleichzeitig erhielt der Bezug auf die Resistenza seitdem die Funktion eines kollektiven Alibis auch für all diejenigen, die tatsächlich nicht dabei gewesen waren.

Gronchi und De Gasperi, beide in den 1880er Jahren geboren, stehen mit ihren Namen für eine Politik der älteren Generation, die aus außen- und innenpolitischen Opportunitätsgründen in einem bedenklich hohen Ausmaß dazu bereit war, politische Zugeständnisse an diejenigen zu machen, die über mehr als zwei Jahrzehnte der faschistischen Diktatur gedient hatten beziehungsweise als junge Männer den Parolen der *Repubblica di Salò* gefolgt waren. In den 1950er Jahren lauteten die Leitlinien der Politik ganz klar: politische Reintegration und gesellschaftliche Rehabilitierung, nicht nur in Italien. Denn parallel dazu vollzog sich in der Bundesrepublik der gleiche Prozess. Eine nachwachsende Generation konnte damals in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft in Entscheidungspositionen einrücken, obwohl viele ihrer Angehörigen politisch schwer belastet, manche sogar bereits wegen ihrer Mitwirkung an Verbrechen rechtskräftig verurteilt worden waren. Bei einem Vergleich zwischen Deutschland und Italien muss man allerdings in Rechnung stellen, dass die quantitativen und qualitativen Dimensionen des Problems wegen des sehr viel härteren Vernichtungsterrors von deutscher Seite entsprechend größer waren und sehr viel schwerer wogen. Gleichwohl ist unübersehbar, dass auch die italienische Vergangenheitspolitik in dieser zweiten Phase primär eine gesellschaftliche Pazifizierung und gerade nicht kritische „Vergangenheitsbewältigung“ zum Programm hatte. Gleichzeitig sticht ins Auge, dass in diesen Jahren Historiker weder in Deutschland noch in Italien eine entscheidende Korrektivfunktion gegenüber den angeführten politischen Leitlinien ausübten. Im Gegenteil: Die historiographischen Meistererzählungen dieses Jahrzehnts orientierten sich an den gleichen Wertmaßstäben wie die Politik.⁴¹ Sehr deutlich tritt dieser Sachverhalt in der Beschäftigung mit dem Holocaust zutage, die zunächst von der

40 Ebenda.

41 C. Cornelißen, Der wiedererstandene Historismus. Nationalgeschichte in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre, in: K. H. Jarausch/M. Sabrow (Hrsg.), *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*, Göttingen 2002, S. 78-108.

Erinnerung an die eigenen Opfer massiv überlagert wurde. Bis in die 1960er Jahre blieb so die Ermordung der europäischen Juden eine klare „Außenseiter“-Fragestellung in der Geschichtswissenschaft.⁴²

3. Politischer und gesellschaftlicher Wandel als Motoren einer revidierten Vergangenheitspolitik

Seit Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre änderten sich die Ausgangslage und damit zugleich die Zielrichtung der Vergangenheitspolitik in der Bundesrepublik. Seitdem wurde in zahllosen Skandalen – teilweise mit zielgerichteten Informationen aus der DDR – die bislang beschwiegene oder nicht bekannt gewordene NS-Vergangenheit führender westdeutscher Politiker und Beamter aufgedeckt. In diesem Kontext spielten zunehmend die Angehörigen einer neuen politischen Erfahrungsgeneration eine wichtige Rolle, oft bezeichnet als die „skeptische Generation“. Nicht zufällig rückte jetzt die Forderung nach einer Vergangenheitsbewältigung auf die Agenda in der Vergangenheitspolitik.

Dass derartige Forderungen dann tatsächlich ein wachsendes öffentliches Echo auslösen konnten, steht erneut in Verbindung mit zahlreichen außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen.⁴³ Einen wichtigen Vorfall in diesem Zusammenhang bildete die Kölner Synagogenschändung von Ende 1959, worauf die Politik mit energischen Aufklärungskampagnen reagierte. Auch von den großen NS-Prozessen – dem Ulmer Einsatzgruppen-Prozess 1958, dem Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961/62, dem Auschwitz-Prozess in Frankfurt 1963/64 – sowie den späteren Verfahren und Verjährungsdebatten im Deutschen Bundestag sind in dieser dritten Phase der Vergangenheitspolitik wichtige Impulse auf die Debatten über die NS-Vergangenheit ausgegangen. Alle Faktoren lösten zusammengenommen Lernprozesse aus und induzierten längerfristig sogar einen Einstellungswandel in der Bevölkerung. Tatsächlich verschoben sich von nun an die Wertmaßstäbe, wenn auch nur langsam und keineswegs quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen. Nicht aber die „nationale Ehre der Deutschen“ oder die demütige Erinnerung an die Kriegsgeneration stand jetzt länger im Vordergrund des breiten öffentlichen Interesses, so sehr der politisch inszenierte Erinnerungskult durchaus noch immer diese Klaviatur spielte, sondern der öffentliche Appell lautete vielmehr verstärkt, den Ursachen und Folgen des NS-Regimes in al-

42 H. Uhl, Einleitung, in: dies., Zivilisationsbruch (Anm. 9), S. 7.

43 E. Wolfrum, Die Suche nach dem „Ende der Nachkriegszeit“. Krieg und NS-Diktatur in öffentlichen Geschichtsbildern der „alten“ Bundesrepublik Deutschland, in: Cornelißen/Klinkhammer/Schwentker (Hrsg.), Erinnerungskulturen (Anm. 5), S. 183-197, hier S. 193 f.

ler Gründlichkeit auf die Spur zu kommen. Das hat historiographisch einen immensen Schub in der Zeitgeschichtsforschung ausgelöst, die vielfach erst jetzt an den Historischen Seminaren eine festere institutionelle Verankerung erfuhr.⁴⁴

Begleitet wurde das Ganze freilich auch von einer zunehmend politisierten Faschismusdebatte, was im Nachhinein vor allem deswegen problematisch wirkt, als der Mord an den europäischen Juden zunächst nur vereinzelt zum Thema seriöser Forschung gemacht und in der breiten Öffentlichkeit überhaupt nicht thematisiert wurde.⁴⁵ Es sei hier dahingestellt, ob die Rede von einer „Phase der zweiten Verdrängung“⁴⁶ hilfreich ist, weil hierüber zu sehr abstrakt-politisierende Debatten der 1960er und 70er Jahre mit den ersten, seriösen akademischen Projekten zur Erforschung des Holocaust vermengt werden. Gleichwohl ist jedoch nicht zu übersehen, dass die Reaktionen auf die Ausstrahlungen der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ in der Bundesrepublik einen hohen Grad an Unkenntnis in der deutschen Bevölkerung über die Dimensionen und Hintergründe der deutschen Vernichtungspolitik aufzeigten. Darüber hinaus verwiesen unterschiedliche, öffentliche Befragungen nach der Ausstrahlung der Serie darauf, dass selbst zu diesem späten Zeitpunkt viele Deutsche nur sehr verzögert Abstand von der Idee nehmen wollten, wonach der Nationalsozialismus eine gute Idee gewesen sei, die nur schlecht ausgeführt worden war.⁴⁷

Freilich sollte der Einfluss der Medien auf den Wandel der Vergangenheitspolitik nicht überbewertet werden. Als weit bedeutsamer erwies sich vielmehr der sich ändernde Stellenwert der „deutschen Frage“ im Kontext einer nun einsetzenden internationalen Entspannungspolitik. Hiervon bildeten die bundesdeutsche Variante und die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Regierung seit 1969 einen wichtigen Teil. Sie führten zu einem Ausgleich mit der Sowjetunion und zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und mündeten schließlich in den Grundlagenvertrag mit der DDR, was dann

44 Zur Entwicklung der Zeitgeschichtsforschung in Deutschland vgl. zuletzt M. H. Geyer, Im Schatten der NS-Zeit. Zeitgeschichte als Paradigma einer (bundes-)republikanischen Geschichtswissenschaft, in: Nützenadel/Schieder (Hrsg.), *Zeitgeschichte* (Anm. 16), S. 25-53.

45 H.-U. Thamer, Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er-Bewegung, in: *Westfälische Forschungen* 48 (1998), S. 39-53.

46 Ulrich Herbert, Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland, in: Bernhard Moltmann u.a. (Hg.), *Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocausts in Deutschland-West und Deutschland-Ost*, Frankfurt a. M. 1993, S. 31-45.

47 S. Brandt, „Wenig Anschauung“? Die Ausstrahlung des Films „Holocaust“ im westdeutschen Fernsehen (1978/79), in: Cornelißen, Klinkhammer, Schwentker (Hrsg.), *Erinnerungskulturen* (Anm. 5), S. 257-268.

wiederum erhebliche Auswirkungen auf öffentliche Geschichtsbilder in der Bundesrepublik hatte. Auch innenpolitisch förderte die sozialliberale Koalition eine veränderte Einstellung zur NS-Vergangenheit, indem der Topos der Niederlage im öffentlichen Gedenken an das Kriegsende 1945 sich allmählich abgelöst fand von der Idee einer Befreiung vom Nationalsozialismus.⁴⁸ Dieser Richtungswandel polarisierte zeitweilig die deutsche Innenpolitik erheblich, mit heilsamen Folgen, wie wir schon heute sagen können, weil darüber eine Pluralisierung vorher homogener Geschichtsdeutungen in Gang gebracht worden ist.

Auch in Italien wiesen die offiziellen Vergangenheitsdeutungen am Anfang der dritten Phase zu Beginn der 1960er Jahre einen weitgehend homogenen Charakter auf, ja sie tendierten seitdem dazu, zunehmend monolithischer auszufallen. Änderungen auf höchster politischer Ebene spielten dabei eine wichtige Rolle. So betrieb der christdemokratische Ministerpräsident Aldo Moro ab 1963 die Erweiterung der parlamentarischen Basis für seine Regierung, indem er eine Mitte-Links-Koalition (Centro-Sinistra) aus Christdemokraten und Sozialisten begründete, unter Einschluss verschiedener kleiner Parteien. Mit einigen Modifikationen hielt dieses Gerüst bis zum politischen Zusammenbruch der christdemokratischen Partei Anfang der neunziger Jahre.⁴⁹ In vergangenheitspolitischer Hinsicht führte der politische Wechsel von Mitte-Rechts zu Mitte-Links-Koalitionen zu einer stärkeren Beachtung der Resistenza-Bewegung, die seitdem in öffentlichen Reden verantwortlicher Politiker sehr viel expliziter als früher in ihrem Beitrag für den Aufbau einer demokratischen Republik gewürdigt wurde. Diese Botschaft stand immer mehr im Mittelpunkt des öffentlichen Gedenkens an den Widerstand gegen die deutsche Besetzung. Ein anderes Merkmal bestand darin, die Resistenza zu einer idealistischen Massenbewegung zu erklären, nicht zuletzt, um so die tatsächlichen internen Gegensätze und die faktischen Schwierigkeiten aus den Jahren 1943–1945 zu überdecken.

Kennzeichnend für die *neuo* vergangenheitspolitische Leitlinie der italienischen Regierungen waren insbesondere die öffentlichen Feiern an Jahrestagen zur Erinnerung an die „Liberazione“ vom 25. April. Diese Feiern standen seit Anfang der 1960er Jahre ersichtlich für alle im Zeichen eines einheitsstiftenden und parteiübergreifenden Charakters, wobei die Begriffe Antifaschismus und Resistenza die geistig-moralische Legitimation der Republik verbürgen sollten. Historiographisch untermauert fand sich das Ganze durch die breite Forschungsarbeit mehrerer Dutzend Resistenza-Institute, die

48 Wolfrum, *Suche* (Anm. 43), S. 189.

49 J. Petersen, *Italien als Republik: 1946–1987*, in: M. Seidlmayer, *Geschichte Italiens*, Stuttgart 21989, S. 499–550.

über unzählige Publikationen daran mitwirkten, den italienischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zum Gründungsmythos des neuen Staates und zu einem integralen Teil der politischen Kultur Italiens zu erklären. Hunderte von Denkmälern, Zehntausende von Erinnerungstafeln und Straßennamen sowie Schul- und Institutionswidmungen und andere Gedenkezeichen ergänzten diese zentrale erinnerungspolitische Botschaft. Auch Parlamentsreden, Gedenkfeiern sowie Ehrenmedaillenverleihungen sorgten dafür, dass die Resistenza in der Erinnerung breiter Schichten in der dritten Phase der Vergangenheitspolitik geradezu mythische Züge annahm.⁵⁰

Ähnlich wie in Deutschland erfuhr die italienische Zeitgeschichtsforschung im gleichen Zeitraum eine immense Ausweitung.⁵¹ Problematisch wirkt hierbei im Rückblick die unverhältnismäßige Konzentration auf den Widerstand gegen die deutschen Besatzer, wohingegen die langen Jahre des Faschismus geradezu tabuisiert wurden und – mit den Worten des Historikers und Philosophen Benedetto Croce – wie eine Parenthese aus der Nationalgeschichte ausgeschlossen blieben, was von Croce selbst auch so bejaht wurde. Im Laufe der sechziger und siebziger Jahre konnte sich deswegen die gesamtgesellschaftlich-antifaschistische Deutung immer stärker durchsetzen und erhielt so einen geradezu kanonischen Status. Infolgedessen standen die Besatzungs- und Kollaborationsjahre fast ausschließlich nur noch unter dem Oberbegriff des nationalen Befreiungskriegs. Gelegentlich gab es dagegen zwar schon Mitte der 1970er Jahre Einspruch. So deutete Staatspräsident Giovanni Leone bereits 1975 an, dass der Faschismus eine Zeit lang einen „gewissen Konsens“ im Volk genossen habe, wohingegen der Befreiungskampf auch „ein Bürgerkrieg mit Fehlern und Grausamkeiten“ gewesen sei. Ungeachtet dieser Bemerkungen blieben die Grundlinien der Vergangenheitsdeutung jedoch bis weit in die 1980er Jahre aufrecht erhalten. Letztlich verbreitete sich auf diesem Weg ein „Mythos“, der aber auch in der dritten Phase der italienischen Vergangenheitspolitik weder historiographisch noch politisch unumstritten blieb.

In diesem Zusammenhang kommt vor allem den Publikationen des Faschismushistorikers und Mussolini-Biographen Renzo De Felice eine erhebliche Bedeutung zu.⁵² Dessen Arbeiten konnten zunächst in den sechziger

50 Klinkhammer, Resistenza-Mythos (Anm. 11), S. 127.

51 J. Petersen, Der Ort der Resistenza in Geschichte und Gegenwart Italiens, in: Quellen und Forschungen in italienischen Archiven und Bibliotheken 72 (1992), S. 550-571, sowie jetzt L. Klinkhammer, Novecento statt Storia contemporanea? Überlegungen zur italienischen Zeitgeschichte, in: Nützenadel/Schieder (Hrsg.), Zeitgeschichte (Anm. 16), S. 107-128, hier S. 113f.

52 R. De Felice, Intervista sul fascismo, hrsg. von M. A. Ledeen, Rom/Bari 1975. Zur Reaktion auf dieses Werk siehe: D. Mack Smith, M. A. Ledeen, Un monumento al

und auch noch in den siebziger Jahren die historische Forschung zum Faschismus in Italien erheblich vorantreiben. Spätestens aber seit Mitte der 1970er Jahre trat ein Bruch ein, als De Felice den dritten Band seiner Biographie unter dem Titel „Mussolini, der Duce: Die Jahre des Konsenses“ publizierte, in dem im Übrigen der faschistische Terror so gut wie überhaupt nicht thematisiert wird. Zeitgleich wartete De Felice mit einem ersten großen Interview auf, das dann zu einem Markenzeichen dieses zunehmend medien-erprobten und auch von den Medien besonders gesuchten Historikers wurde. Nachdem De Felice von Presse und Fernsehen entdeckt worden war und das erste „Interview über den Faschismus“ eine große Verbreitung fand, das explizit nicht mehr an ein Fachpublikum, sondern an eine große Leserschaft gerichtet war, inszenierte er gewissermaßen einen „Kreuzzug“ für einen historischen Revisionismus, um die Wirkung „linker“ Faschismusdeutungen einzuschränken. Hierbei haben es ihm einige seiner intellektuellen Gegner leicht gemacht, schon einfach deswegen, weil ihre Antworten auf De Felices Eingaben eher ideologischer Natur waren, als daß sie mit sachlichen Gegenargumenten aufwarteten.

Gleichwohl steigerte sich De Felice selbst in eine zunehmend ideologisierte Debatte hinein, wobei sich in ihm geradezu ein Hass auf die antifaschistischen Traditionen der italienischen Nachkriegskultur aufstaute. Das mündete seit Mitte der 1970er Jahre in eine Konfrontation zwischen De Felice und seinen Gegnern, bei der De Felice mit Verve die internationale Dimension des faschistischen Phänomens leugnete und statt dessen die Singularität des italienischen Faschismus herausstellte. Außerdem lobte er nun die „modernisierende“ Wirkung des Faschismus für Wirtschaft und Gesellschaft, und er sprach dem Regime Mussolinis sogar einen im Vergleich zur italienischen Republik höheren „Sinn für Staat und staatsbürgerliche Pflichten“ zu.⁵³ Damit einher ging seine Leugnung einer Verantwortung für die Ermordung der Juden, wie überhaupt als Tendenz seiner Publikationen hervorsteicht, den aggressiven Charakter der faschistischen Außen- und Kolonialpolitik herunterzuspielen. Kaum Wunder nimmt es daher auch, dass De Felice die Rolle und das Gewicht des Antifaschismus und der Resistenza in

duce? Contributo al dibattito: sul fascismo, hrsg. von P. Meldini, Florenz/Rimini 1975; N. Tranfaglia, *Un passato scomodo. Fascismo e postfascismo*, Rom 1999, S. 65-96, sowie W. Schieder, *Faschismus als Vergangenheit. Streit der Historiker in Italien und Deutschland*, in: W. Pehle (Hrsg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1990, S. 136-154.

53 Vgl. G. Santomassimo, *Il ruolo di Renzo De Felice*, in: *Italia Contemporanea* 212 (1998), S. 555-563. Siehe auch Ders., *L'opera di Renzo De Felice. Questioni e polemiche Santomassimo*, in: L. Micheletti (Hrsg.), *Lezioni sul revisionismo storico*, Mailand 1999, S. 141-165.

der italienischen Geschichte im Vergleich zur kanonisierten Darstellung aus den 1970er Jahren deutlich geringer einstuft.

In all diesen Punkten erweist sich die, auch von De Felice selbst geführte Gegenüberstellung zwischen italienischer und deutscher Erfahrung als der entscheidende Dreh- und Angelpunkt seiner Argumentation. Durch die Herausstellung der ideologischen Differenzen zwischen den beiden Regimen glaubte De Felice den Beweis für eine grundsätzliche Differenz zwischen Faschismus und Nationalsozialismus führen zu können, wobei er es allerdings vermied, einen konsequenten Vergleich der Strukturen und konkreten Entwicklungszüge durchzuführen. Für De Felice stellte der Faschismus ein revolutionäres, der Nationalsozialismus hingegen ein reaktionäres Phänomen dar; während der Faschismus an den Fortschritt geglaubt habe, habe der Nationalsozialismus eine traditionalistische Bewegung mit einer zyklischen Sicht der Vergangenheit abgegeben. Ideengeschichtlich stamme der Faschismus, so De Felice, aus einer Tradition des Linkstotalitarismus, der seinen Ursprung in der französischen Revolution habe, wohingegen der Nazismus seine Wurzeln in einem Rechtstotalitarismus mit Ursprüngen in der Nationalisierung der Massen gefunden habe.⁵⁴

Diese Anschauungen blieben nicht beschränkt auf Auseinandersetzungen im Rahmen historiographischer Debatten, sondern sie fanden über die Medien einen Weg in die italienische Öffentlichkeit. Das zeigte sich spätestens und in aller Eindringlichkeit seit Mitte der 1990er Jahre, als De Felice mit Hilfe des stellvertretenden Chefredakteurs der Zeitschrift *Panorama*, Chessa, ein sehr erfolgreiches Büchlein unter dem Titel „Rosso e Nero“ (Rot und Schwarz) lancierte, das eine gebündelte Abrechnung mit der italienischen Geschichtsschreibung zum Widerstand enthält.⁵⁵ De Felice verteidigte darin unter anderem Mussolinis Kollaboration mit Hitler seit Ende 1943 mit dem Argument, der Duce habe aus patriotischen Motiven versucht, Hitler daran zu hindern, Italien zu einem zweiten Polen zu machen. Gleichzeitig habe er die Macht des Okkupationsregimes mildern wollen. Im Kern zielte De Felice mit seinem „Interview“ auf eine vollständige Diskreditierung der vorangegangenen italienischen Widerstandsgeschichtsschreibung und der von der politischen Linken gepflegten Geschichtsbilder über die Resistenza ab.

54 Vgl. dazu die entsprechenden Ausführungen bei K. D. Bracher, *Autoritarismus und Totalitarismus. Die deutsche Diktatur und Österreich im Spannungsfeld der europäischen Nationalismen*, in: Ders., *Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays*, München 1995, S. 145-172.

55 P. Chessa (Hrsg.), *Renzo De Felice, Rosso e Nero*, Mailand 1995. Vgl. dazu Klinkhammer, *Resistenza-Mythos* (Anm. 11), S. 119 f., 132-135.

Die große Breitenwirkung der Äußerungen De Felices ist erneut auch hier nicht zu verstehen ohne einen Rückbezug auf den Wandel in der italienischen Politik seit den 1980er Jahren. Schon am Anfang dieses Jahrzehnts verschieben sich die politischen Kräfte um den Ministerpräsidenten Bettino Craxi auf ein Programm, das die institutionelle und parteipolitische Erneuerung Italiens vorsah. Darüber geriet die vorher kompakte Front der Nachfolgeparteien des Nationalen Befreiungskomitees ins Wanken.⁵⁶ Gleichzeitig gelangte jetzt eine neue Deutung des Befreiungskampfes zwischen 1943 und 1945 als eines Bürgerkriegs zwischen zwei entgegengesetzten Gruppierungen in die öffentlichen Debatten. De Felice sekundierte hierbei mit der Autorität seines Amtes und verlieh damit Argumenten eine historiographische Weihe, die im Kern schon seit Längerem in der neofaschistischen Presse nachzulesen waren.⁵⁷

Aber das allein kann die weitere Entwicklung noch nicht hinreichend erklären, die seit den frühen 1990er Jahren zu einer fast völligen Desintegration der zuvor kanonisierten Resistenza-Deutungen führen sollte. Vielmehr deutete der Erfolg von De Felices Kampagne darauf hin, dass große Teile der italienischen Gesellschaft mit den ritualisierten Inszenierungen zur Kommemoration der Resistenza und der nationalen Vergangenheit im Zweiten Weltkrieg nicht länger zufrieden waren, ja, das diese oft im Widerspruch zur gelebten Erfahrung vieler Zeitzeugen standen. Vor dem Hintergrund der sich verändernden internationalen Konstellationen mündete diese Strömung in einen radikalen Wandel der italienischen Innenpolitik seit 1991. Kaum überraschend hatte dieser weit reichende Folgen für die Konturen der Vergangenheitspolitik des Landes, aber er hinterließ auch in der Historiographie zur Zeitgeschichte seine Spuren. Diesbezüglich ist auf der einen Seite in der geistigen Tradition De Felices das Aufkommen eines breiten „Revisionismus“ zu beobachten, der, regierungsamtlich gefördert, nun vielfach an die Leitlinien der Politik aus den frühen Nachkriegsjahren anschließt. Auf der anderen Seite ist jedoch in der Wissenschaft auch eine Öffnung für Fragen in Gang gekommen, die bislang nur am Rande oder überhaupt nicht behandelt worden sind. So wird heute das Augenmerk verstärkt auf die italienische Beteiligung am Achsenkrieg gerichtet sowie auf die in den besetzten Gebieten begangenen Verbrechen und die Rolle, die italienische Institutionen bei der

56 Focardi, Gedenktage (Anm. 10), S. 217.

57 Besondere Öffentlichkeitswirksamkeit entfalteten zwei Interviews, die der Journalist Giuliano Ferrara mit Renzo De Felice führte und die im *Corriere della Sera* am 27. Dezember 1987 und am 8. Januar 1988 veröffentlicht wurden. Für die weitere Debatte in der italienischen Historiographie über die Zeit zwischen 1943 und 1945 wurde wichtig vor allem das Buch von C. Pavone, *Una guerra civile. Saggio storico sulla moralità nella resistenza*, Turin 1991.

Verfolgung der Juden gespielt haben.⁵⁸ Gleichzeitig hat sich das Spektrum der Vergangenheitspolitik gerade auf lokaler und regionaler Ebene erweitert und so seinen vorher monolithischen Charakter abgestreift.

4. Von der Auflösung nationalpolitischer Metanarrative in der Vergangenheitspolitik

Sowohl in der Bundesrepublik als auch in Italien unterliegt die Vergangenheitspolitik der letzten Jahre einem länderübergreifenden, kulturgeschichtlichen Wandel, der wiederum eng verknüpft ist mit dem Tatbestand, dass die Gruppe der überlebenden Zeitzeugen aus der Zeit des Nationalsozialismus und Faschismus immer kleiner wird. In der Diskussion über die Formierung von Erinnerungskulturen ist diesbezüglich allgemein die Rede von dem Übergang eines kollektiven Gedächtnisses hin zu einem kulturellen Gedächtnis. Daraus ergibt sich notwendlg die Frage, welche Erinnerungen an die Diktaturregime in den politisch-didaktischen Bildungskanon unserer Gesellschaften aufgenommen werden sollen und wie dieses Wissen für das politische Gemeinwesen in der Zukunft politisch inszeniert werden soll. Ob, wie zuletzt von vielen Seiten gefordert worden ist, die Erinnerung an den Holocaust tatsächlich zu einem herausragenden Bezugspunkt eines im Entstehen begriffenen, transnationalen europäischen Gedächtnisses werden kann, bleibt abzuwarten.

Gleichwohl ist bereits heute unübersehbar, wie stark gerade auch in nachwachsenden Generationen das Interesse an einer kritischen Beschäftigung mit der Verbrechenpolitik der Kriegs- und Diktaturregime des 20. Jahrhunderts ausgebildet ist. Man mag dies zu einem guten Teil den Erfolgen einer historisch-politischen Didaktik zugute halten. Doch dürfte hierbei mehr im Spiel sein. Die Rückkehr des Krieges auf den europäischen Kontinent in den 1990er Jahren, die Bilder von jugoslawischen Konzentrationslagern und die zunehmende Instabilität der internationalen Politik, um hier nur Beispiele zu nennen, haben viele Menschen dafür sensibilisiert, dass die Geschichte der Gewaltregime des 20. Jahrhunderts weniger „reine“ Geschichte darstellt, als zeitweilig angenommen wurde. Gleichzeitig trugen der Fall der Berliner Mauer und der Untergang des Ostblocks zur Freisetzung zuvor lange verschütteter Erinnerungen bei, die nun mit Macht an die Oberfläche drängen. Vor allem in Ostmitteleuropa und in Osteuropa konnte dieser Prozess in den letzten Jahren sehr deutlich beobachtet werden.⁵⁹ Aber nicht nur dort erfolgte seit dem Ende der 1980er Jahre eine konfliktreiche Neuver-

58 Zur Forschungslage s. Mantelli, *Die Italiener* (Anm. 27), S. 57-74.

59 Vgl. dazu in Kürze Cornelißen, Holec, Pešek (Hrsg.), *Diktatur – Krieg – Vertreibungen* (Anm. 4).

handlung der seit 1945 identitätsstiftenden Narrative, sondern auch in Westeuropa. Italien bildet hierfür ein eindrucksvolles Beispiel.

Ohne Zweifel ist aber schon heute deutlich zu erkennen, dass die hermetischen und selbstbezogenen Metanarrative nationaler Erinnerungskulturen sowohl in Deutschland als auch in Italien ihre Existenzberechtigung verloren haben. Nur so kann es gelingen, Vorstellungen vom „braven Italiener“, die wie ein identitätsbildender Mythos fest im kollektiven Gedächtnis verankert blieben, zu korrigieren. Ähnliche ‚Korrekturarbeit‘ ist jedoch auch auf deutscher Seite zu leisten, wo der Topos vom „Verrat der Italiener“ weiterhin fröhliche Urständ feiert. Gleichermäßen wird heute immer deutlicher, dass keine Vergangenheitspolitik, die auf einem tiefgreifenden Gegensatz von privaten Erfahrungen und historiographisch-politischer Interpretation beruht, auf Dauer überleben kann.⁶⁰ Insbesondere dieses Problem verdient es, in der neueren Forschung über Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen stärker reflektiert zu werden.

60 So eine der wichtigen Beobachtungen in E. Galli Della Loggia: *La morte della patria*, Roma 1996, S. 84, in einem ansonsten problematischen Essay über den „Tod des Vaterlandes“. Zum Problem des Gegensatzes offizieller und privater Erinnerungen aus den Nachkriegsjahren vgl. demnächst P. Terhoeven: *Eheringe für den Krieg: Die Geschichte eines faschistischen Gedächtnisorts*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (2005, im Druck).